

«Der Bundesrat liegt leider völlig falsch»

Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger zerlegt den EU-Vertrag. Statt neue Abkommen zu schliessen, sollte die Landesregierung endlich die Probleme mit der Personenfreizügigkeit angehen. Eine Kündigung der Bilateralen wäre für die Schweiz wirtschaftlich verkraftbar.

Marcel Odermatt

Wer den EU-Vertrag beurteilen will, den der Bundesrat und wohl eine Mehrheit der Parteien, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften durchboxen möchten, muss zwei Fragen beantworten: Wie wirkt sich das Abkommen auf die Schweizer Demokratie aus, und was sind die ökonomischen Folgen? Dass die Vereinbarung Souveränitätsverluste für die Bevölkerung bedeutet, ist selbst unter Anhängern unbestritten. Wer aber diese Kröte zu schlucken bereit ist, muss dem Stimmbürger beweisen können, dass sich die Sache wirtschaftlich auszahlt. Kein Wunder, ging der Bund bei der Präsentation des Vertrags in die Offensive und brachte die Erzählung in Umlauf, dem Durchschnittsbürger drohten Wohlstandsverluste von «rund 2500 Franken pro Kopf und Jahr», sollte er gegen den geplanten Deal votieren. Wie realistisch sind diese Berechnungen? Die *Weltwoche* traf den Ökonomen Reiner Eichenberger in Feldmeilen zum Gespräch.

Weltwoche: Herr Eichenberger, der Bundesrat warnt, dass die Schweiz bei einer Ablehnung des EU-Pakets mit wirtschaftlichen Verlusten von 520 Milliarden Franken bis 2045 rechnen müsse. Wie seriös sind solche Berechnungen angesichts vieler Unbekannter?

Reiner Eichenberger: Solche Prognosen mit Simulationen können sehr informativ sein. Aber natürlich bieten sie keine Gewissheit. Entscheidend ist, dass die Ergebnisse richtig interpretiert werden. Und da liegt der Bundesrat leider völlig falsch. Die strittigen Zahlen entstammen einer neuen, vom Bund beauftragten Studie der Beratungsfirma Ecoplan. Diese Studie hat grosse Stärken. Sie ist so transparent gemacht, dass man ihre Tricks nachverfolgen kann. Sie simuliert, wie sich die Wirtschaft entwickeln würde, wenn die neuen Verträge nicht unterschrieben würden und in der Folge die Bilateralen I inklusive Personenfreizügigkeit dahinfelen. Dank der gesamtwirtschaftlichen Perspektive berücksichtigt sie, dass Vorteile für einzelne Firmen Nachteile für andere bedeuten können, da wachsende Firmen Arbeitskräfte

oder Ressourcen von anderen abziehen. Dennoch hängen die Prognosen stark von den Annahmen ab, und die Realität hängt von vielen unvorhersehbaren Einflüssen ab.

Weltwoche: Wie realistisch sind die prognostizierten 520 Milliarden Franken Verlust?

Eichenberger: Sie basieren auf spezifischen Annahmen: 2028 fallen die Bilateralen I, einschliesslich der Personenfreizügigkeit, weg. Gesteuert wird die Zuwanderung neu mit Kontingenten, und die Nettozuwanderung sinkt um rund 20 000 Personen jährlich, bleibt aber gleich qualifiziert. Bis 2045 führt dies zu 344 000 weniger Einwohnern und 45 000 weniger Grenzgängern. Es gibt keinen Plan B, also keine Anpassungsmassnahmen, und die Politik bleibt passiv, ohne Handelskrieg oder andere negative Reaktionen. Die vom Bundesrat genannten Schockzahlen repräsentieren vor allem ein geringeres Breitenwachstum dank weniger Bevölkerungswachstum – sind also eher etwas Gutes als Schlechtes. Der Rückgang des Wohlstandes, genauer des Wohlstandswachstums, ist

hingegen weit geringer. Das Einkommen pro Arbeitsstunde wächst über die siebzehn Jahre um insgesamt rund 0,6 Prozent weniger. Und: Die Verluste wären umso geringer, je klüger

«Entscheidend für den Wohlstand ist nicht die Gesamtgrösse der Wirtschaft, sondern das Einkommen pro Kopf.»

sich die Firmen und die Regierung an die neue Situation anpassen würden, etwa durch neue Handelsstrategien oder Binnenmarktrefor-

Weltwoche: Der Bundesrat warnt bei einer Ablehnung des Abkommens auch vor geringerer Standortattraktivität, rückläufigen Investitionen und Fachkräftemangel. Teilen Sie diese Sorgen?

Eichenberger: Diese Sorgen sind übertrieben. Der Bundesrat hat zur Schadensabschätzung fünf Studien zu unterschiedlichen Aspekten des neuen Vertrags in Auftrag gegeben. Insgesamt zeigen sie klar, dass der weitaus wichtigste Faktor die Personenfreizügigkeit ist. Aber eben: Sie bringt vor allem Breitenwachstum. Doch entscheidend für den Wohlstand der Bürger ist nicht die Gesamtgrösse der Wirtschaft, sondern das Einkommen pro Kopf. Ich predige deshalb seit Jahrzehnten, Politiker sollten «Kopfrechnen» lernen. Weniger Zuwanderung bedeutet weniger Bevölkerungswachstum und damit ein rückläufiges Investitionswachstum. Das ist der Hauptteil der vom Bundesrat monierten «rückläufigen Investitionen». Aber das ist – bitte kopfrechnen – eben kein Wohlstandsverlust. Liechtenstein hat eine viel kleinere Wirtschaft, ist aber wohlhabender als die Schweiz, und China hat eine weit grössere Wirtschaft, aber weit weniger Wohlstand pro Kopf. Auch beim Fachkräftemangel liegt der Bundesrat falsch. Der Fachkräftemangel wird durch die Personenfreizügigkeit nicht gemindert. Zuwanderer füllen zwar offene Stellen, aber schaffen zugleich neue offene Stellen. Denn mit jedem Zuwanderer wächst die Nachfrage nach Gütern, Dienstleistungen und Investitionen, insbesondere in Wohnraum, Schulen, Spitäler, Verkehrswege et cetera. Das schafft neue Engpässe und noch

Vordenker mit Gewicht

Der in Feldmeilen am Zürichsee wohnhafte Reiner Eichenberger (*1961, Zürich) gehört seit vielen Jahren zu den bekanntesten und einflussreichsten Ökonomen der Schweiz. Er ist seit 1998 Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg sowie Mitbegründer und Forschungsdirektor von Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts). Er hat mehrere Bücher, über 140 wissenschaftliche Aufsätze und unzählige Beiträge in populären Medien publiziert. Eichenberger ist Mitherausgeber der sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift *Kyklos* und war Mitglied der Eidgenössischen Kommunikationskommission Comcom. (WW)



«Sprengstoff für die Schweiz»: Ökonom Eichenberger.

mehr Fachkräftemangel. Klügere Steuerungsmechanismen – etwa wertschöpfungsorientierte Kontingente und erst recht eine Aufenthaltsgebühr für Neuzuwanderer ähnlich einer (hohen) Kurtaxe – würden die durchschnittliche Produktivität der Zuwanderer erhöhen, werden aber in der Studie nicht berücksichtigt. Die Standortattraktivität hängt weit weniger von den Bilateralen ab als von der Flexibilität der Schweizer Wirtschaft und Politik.

Weltwoche: Was wäre ein Plan B, um die Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I abzufedern?

Eichenberger: Nehmen wir die «technischen Handelshemmnisse». Die Schweiz hat die meisten Normen der EU einseitig übernommen. Die Bilateralen I bestimmen nur, dass die Normzeugnisse für den EU-Normen entsprechende Güter gegenseitig anerkannt werden müssen, also eine Schweizer Firma für ihre in der Schweiz nach EU-Norm produzierten Güter nicht je ein Normzeugnis aus der Schweiz und der EU braucht. Mein Plan B ist die einseitige Anerkennung von EU-Normzeugnissen. Dann können Schweizer Firmen für ihre Güter ein «EU-EU-Normzeugnis» erwirken und in der EU und der Schweiz mit einer Zertifizierung in Verkehr bringen. So könnten Schweizer Fir-

men weiterhin über Zertifizierungsstellen wie den TÜV agieren, die EU-Normen prüfen, oft direkt in der Schweiz. Plan B bei öffentlichen Ausschreibungen ist, dass Schweizer Firmen über EU-Niederlassungen oder Kooperationen teilnehmen, etwa durch eine vom Bund unterstützte Drehscheibe, die Schweizer Firmen in der EU vertritt. Solche Massnahmen sind praxistauglich und würden die Verluste minimieren. So oder so ist es entscheidend, nicht auf die Vor-

«Die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums ist unser Hauptproblem.»

teile einzelner Firmen zu fokussieren – weil das immer Nachteile für die vielen anderen bringt –, sondern gute Standortbedingungen für alle zu schaffen, so dass alle produktiver werden.

Weltwoche: Warum ignoriert die Studie negative Effekte der Personenfreizügigkeit wie Ressourcenknappheit oder Infrastrukturprobleme?

Eichenberger: Die Studie nimmt an, dass Staatskosten proportional zur Bevölkerung wachsen. Das ist langfristig vernünftig. So haben grosse Länder nicht systematisch hö-

here oder tiefere Staatskosten als kleine Staaten. Es vernachlässigt aber, dass bei schnellem und anhaltendem Bevölkerungswachstum «Füllungskosten» entstehen: Ressourcen wie Land, Wohnraum, Verkehrswege, Bildungs- und Gesundheitsleistungen oder Strom werden knapper und teurer, und die Kosten für ihren Ausbau wachsen. So explodieren auch die Kosten für die Einhaltung von CO₂-Emissionszielen, wenn durch Bevölkerungswachstum die Emissionen dauernd anwachsen. Diese Kosten blähen das BIP sogar noch auf, senken aber die Lebensqualität. Die Geschwindigkeit des Bevölkerungswachstums in der Schweiz ist unser Hauptproblem: Ein langsames Wachstum über hundert Jahre wäre verkraftbar, aber ein Anstieg um 20 Prozent in zwanzig Jahren überfordert das ganze System.

Weltwoche: Wenn ich Sie richtig verstehe, könnte die Schweiz die Bilateralen I aufkündigen, ohne dass die Schweiz unterginge.

Eichenberger: Ja, die Aufkündigung wäre möglich. Die Ecoplan-Studie zeigt, dass die wirtschaftlichen Effekte klein sind: Vom Verlust von 4,9 Prozent des BIP bleibt nach Abzug des Bevölkerungswachstums noch 1,7 Prozent Verlust an BIP pro Kopf, nach Abzug des «Grenzgängerdopings» – das Einkommen der Grenzgänger zählt zum BIP, sie aber nicht zu den Köpfen – bleiben noch 0,9 Prozent pro Kopf, nach Abzug weiterer Details bleiben pro durchschnittlicher Arbeitsstunde rund 0,6 Prozent Reallohnverlust jährlich. Das ist verkraftbar, besonders wenn man die Senkung der Kosten des Bevölkerungswachstums berücksichtigt. Reformen wie ein flexiblerer Arbeitsmarkt, ein Binnenmarktprogramm oder einseitige Marktöffnungen würden weit mehr Vorteile bringen als die Bilateralen. Und wichtig: Solche Reformen sind wegen der Personenfreizügigkeit stark erschwert bis unmöglich. Denn wenn wir die Standortattraktivität der Schweiz durch eine kluge Politik stärken, werden die Vorteile durch erhöhten Zuwanderungsdruck und Füllungskosten kompensiert. Die Liberalen sollten endlich realisieren, dass die Personenfreizügigkeit ein völlig unliberales, eigentlich sozialistisches Konzept ist. Sie hebt die Eigentumsrechte der Bürger an den Früchten ihrer Investitionen in das Staatswesen auf. Andere dürfen ihre Früchte nutzen, ohne sie für ihren Aufwand zu entschädigen.

Weltwoche: Gibt es nicht auch ökonomische Vorteile eines neuen EU-Abkommens, etwa durch Stabilisierung?

Eichenberger: Ein neues Abkommen könnte Unsicherheiten reduzieren, etwa durch klare Handelsregeln. Aber ein Vertrag garantiert keine Ruhe, da Konflikte wahrscheinlich bleiben. Deshalb sind ja auch Schiedsgerichte vorgesehen. Auch Ventilklauseln können die Unsicherheit nicht beseitigen. Wenn überhaupt, wirken sie erst, wenn schon schwerwiegende Probleme sichtbar sind. Und dann führen sie zu einer un-



«Die Personenfreizügigkeit ist eigentlich ein sozialistisches Konzept»: Eichenberger.

seligen und unberechenbaren Stop-and-Go-Politik. In internationalen Beziehungen ist es ähnlich wie in persönlichen Beziehungen. Wer in einer spannungsgeladenen Beziehung steckt und zuweilen zu Unrecht geschlagen wird, sollte diesen Partner nicht unbedingt heiraten, weil er gelobt, in der Ehe keine Gewalt mehr anzuwenden. In solchen Beziehungen ist es zumeist klüger, sich klar abzugrenzen. Genau das gilt auch für die Schweiz: Wenn sie den Anspruch aufgibt, voll in den EU-Binnenmarkt integriert zu sein, gibt es weit weniger Konfliktpotenzial. Schliesslich muss man die gesellschaftlichen Risiken in der Schweiz sehen: Die Personenfreizügigkeit drückt langfristig die Lebensqualität, besonders für junge Schweizer, die noch eine Wohnung und eine Arbeitsstelle suchen müssen. Auch das Milizsystem wird unter zunehmenden Druck kommen: Es gibt schnell mehr Menschen und damit Aufgaben auch für die Milizarbeit, aber es gibt nicht entsprechend mehr Schweizer, die Milizarbeit leisten können. Die Personenfreizügigkeit und alles, was sie festschreibt – also der neue Vertrag mit der EU –, ist deshalb Sprengstoff für die Schweiz.

Weltwoche: Die Studie prognostiziert einen Anstieg der Sozialhilfeempfänger von 1,1 auf 1,5 Prozent. Ist ein Run auf die Sozialhilfe tatsächlich nicht zu befürchten?

Eichenberger: Die Prognose hängt von den Annahmen ab. Solange der Arbeitsmarkt in der Schweiz und Europa gut läuft, finden Zuwanderer schnell Jobs oder verlassen die Schweiz. In einer Krise könnten jedoch Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedarf steigen, da Zuwanderer oft weniger Netzwerke haben, um neue Stellen zu finden. Dann entwickeln Gruppen mit hoher Arbeitslosigkeit manchmal eine Kultur, in der

Arbeit weniger wichtig wird, was mehr Langzeitarbeitslosigkeit und Sozialhilfe bedeutet. Dieses Risiko könnte in einer Rezession entflammen.

Weltwoche: Grosse Teile der Wirtschaft sind bereits Feuer und Flamme für das Abkommen. Weshalb eigentlich? Wenn man Ihnen zuhört, gibt es wenig Grund für Euphorie.

Eichenberger: Viele Manager haben eine kurzfristige Perspektive: Die Personenfreizügigkeit hilft ihnen, Stellen schnell zu besetzen. Aber es interessiert sie nicht, dass Zuwanderung wieder neuen Fachkräftemangel schafft. So brauchen Zuwandererfamilien mit 150 000 Franken Einkommen Wohnraum, der leicht Baukosten von 800 000 Franken verursacht, was viele Arbeitskräfte bindet. Der Hauptgrund aber ist das Breitenwachstum: Mehr Bevölkerung bedeutet für die Regierungen mehr Steuereinnahmen, Budget und Aufgaben. Für Firmen wie Coop, Migros oder UBS bedeutet es mehr Umsatz und Gewinn. Die Spitzenverbände profitieren von hö-

«Wer in einer spannungsgeladenen Beziehung steckt, sollte diesen Partner nicht unbedingt heiraten.»

heren Mitgliederbeiträgen und die Medien von mehr Gebührendzahlern. Davon profitieren nicht die vielen Normalbürger, sondern die «Spezialbürger» auf der Führungsebene, deren Macht, Einkommen und Boni von der Organisationsgrösse abhängen. Dieses «Vitamin 3B» – Budget, Bedeutung und Boni – erklärt ihre Haltung.

Weltwoche: Zum Schluss. Was ist Ihre Prognose: Wie wird die Abstimmung über ein EU-Abkommen dereinst ausgehen?

Eichenberger: Verglichen mit früheren «Europa-Abstimmungen» ist die realistische Seite stärker geworden, mit Organisationen wie Autonomiesuisse, Kompass Europa, dem Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik IWP und neu Facts 4 Future, die fundierte Argumente und wirksame Kommunikation liefern. So macht Facts 4 Future mit schlagenden Grafiken Widersprüche zwischen der offiziellen Politik und offiziellen Daten sichtbar, etwa zur Wohnungsnot oder Energieknappheit. Zudem könnte die Kaskade von Abstimmungen, zuerst wohl über die 10-Millionen-Initiative, die Debatte katalysieren. Ich bin optimistisch, dass die realistische Seite an Einfluss gewinnen wird, da die Bevölkerung die Probleme des schnellen Wachstums – Verknappung und Verteuerung von Wohnraum, Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitsleistungen, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen – zunehmend erkennt. Für den Bundesrat ist das nicht lustig: Er sollte öffentlich eingestehen, dass er und seine Studien die Kosten der Personenfreizügigkeit bisher systematisch unterschätzt haben. Das ist politisch schwierig, aber nötig, um in Brüssel glaubwürdig zu verhandeln.

Fakten statt Meinungen

Präsentiert vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik IWP

«Ein Stelleninserat der öffentlichen Verwaltung ist im Schnitt 29 Tage online. In der Privatwirtschaft sind es 43 Tage.»

Quelle: KOF, 2023

«Kommt der nächste Blockbuster aus der Schweiz? Die Schweizer Filmwirtschaft erhält vom Bund jährlich 43 Millionen Franken an Subventionen.»

Quelle: Blohm, Mosler, Schaltegger, 2023

«Nur zwei Länder haben im OECD-Raum, gemessen am Bruttoinlandprodukt, weniger Staatsschulden als die Schweiz.»

Quelle: OECD, 2021

«Die kantonalen Maturitätsquoten variieren zwischen 12,2 Prozent und 33,7 Prozent.»

Quelle: BSV, 2019

«2022 bezogen 222 715 Personen Ergänzungsleistungen zur AHV. 2001 waren es 140 043.»

Quelle: BSV, 2023



BFI Bullion AG
Wir verwandeln Ihr Papiergeld in einen echten Wert!

QR code and BFI logo.